

Polens „Bedingungen“ für eine Lebensmittelaushilfe.

Warschau, 3. August.

In der letzten Sitzung des polnischen Staatsrates entspann sich eine längere Erörterung im Anschluß an den Bericht der landwirtschaftlichen Kommission über die Beschlagnahmen, die Getreidepreise, Lebensmittelversorgung und Verteilung der Bodenfrüchte usw. Gemäß den Anträgen der Kommission wurde die Regierung aufgefordert, Maßnahmen zur möglichst baldigen Uebernahme der Verwaltung sowie zur Aufsicht über den Handel mit Bodenfrüchten und Rohstoffen im ganzen Gebiete Kongreßpolens zu treffen und ihr eine Reihe von vorläufigen Grundsätzen vorgestellt, die bis dahin gelten sollen.

Professor Mikulowski-Pomorski führte dem „Kurjer Warszawski“ zufolge u. a. aus: Die Staaten, welche bei der Schaffung des polnischen Staates mitwirken wollen, sollten bemüht sein, eine Bandlung in der polnischen Pöche ihnen gegenüber herbeizurufen. In den Lebensmitteleinschränkungen und den Requisitionen muß das Volk Opfer für seine eigenen Ziele erblicken. Die Politik muß zeigen, daß die Lösung der polnischen Frage im Sinne der wichtigsten nationalen Interessen angebahnt wird.

Landwirtschaftsminister Dzierbicki erklärte, die Regierung werde beantragen, daß die Versorgungsfrage ihr und dem Volke übertragen werde. Damit jedoch ein erfolgreiches Zusammenwirken wirklich möglich sei, müsse das polnische Volk zur Einsicht gelangen, daß es in seinem Interesse liegt, Opfer zu bringen und daß — wie der Vertreter der deutschen Regierung an dieser Stelle erklärt habe — der Preis für die gebrachten Opfer die Freiheit sein werde. Er wies dann auf die Bemühungen der polnischen Regierung um die Klärung der politischen Lage hin und erklärte unter Weisfall: Nur wenn wir wissen werden, daß die Frage der Souveränität und der Unantastbarkeit Kongreßpolens klar und deutlich im Sinne der Nation entschieden wird, werden wir unserem Volke sagen können: Du sollst Opfer bringen, denn es handelt sich um unsere Freiheit. Wir können uns bemühen, ein Bündnis zwischen Polen und den Mittelmächten zu schaffen, wenn und insofern unsere nationalen Interessen in vollem Umfange sichergestellt werden. Ich lasse die Hoffnung nicht sinken, daß wir in dieser Hinsicht zu positiven Ergebnissen gelangen werden.